

PPP-Newsletter Nr. 7/2010 des BWI-Bau vom 16.04.2010

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Bad Oldesloe.** Baubetriebshof.
Planung, Neubau und Finanzierung eines Baubetriebshofes für die Stadt Bad Oldesloe. Die Anlage soll die Bereiche Betriebsgebäude, große und kleine Kfz-Halle, Freilagerboxen und Salzsilo umfassen. In den Außenanlagen sind ca. 6.000 m² zu befestigen. Für die Endfinanzierung sind von der Stadt Bad Oldesloe für bis zu 75 % der Gesamtkosten Gelder aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) beantragt. Die Finanzierungsleistungen des privaten Partners umfassen zum jetzigen Zeitpunkt die Bauzwischenfinanzierung sowie die Endfinanzierung des verbleibenden Kostenanteils über 20 Jahre. Der Auftragswert ist unterhalb der Schwellenwerte.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 11.5.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:104947-2010:TEXT:DE:HTML>

Vorinformationen

- **Landkreis Miesbach (Oberbayern).** Schulen.
Der Kreistag des Landkreises Miesbach hat am 14.04.2010 beschlossen,
 - den Neubau eines Gymnasiums mit Dreifachsporthalle und Freisportflächen in Holzkirchen,
 - die Errichtung einer Fachoberschule in Holzkirchen sowie
 - den Bau der neuen Realschule Gmundim Rahmen eines PPP-Modells zu realisieren.
Quelle: <http://www.merkur-online.de/lokales/nachrichten/jetzt-kanns-losgehen-716194.html>
- **Landkreis Ostallgäu.** Gymnasium in Buchloe.
Die Regierung von Schwaben hat die schulaufsichtliche Genehmigung für ein dreizügiges Gymnasium in Buchloe erteilt (**Quelle:** <http://www.lra-ostallgaeu.de/aktuelles.html> - Aktuelle Mitteilung vom 13.04.2010).
Auf der Kreistagssitzung am 19.07.2010 soll entschieden werden, ob der Schulneubau (rd. 25 Mio. Euro) als PPP-Projekt realisiert wird. Bis dahin will der Kreistag noch verschiedene Projekte besichtigen, die in öffentlich-privater Partnerschaft errichtet wurden.
Quelle: http://www.lra-ostallgaeu.de/fileadmin/hauptamt/Kreistag/Beschluesse_05_03_10.pdf
- **Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) Berlin-Brandenburg.** Besucherzentrum.
Der Stiftungsrat der SPSG hat am 12.2.2010 entschieden, das Projekt „Neubau von Besucherempfangen“ (vgl. *PPP-Newsletter 3/2010*) als PPP-Pilotprojekt auszuschreiben. Abweichend von den bisherigen Planungen wird die SPSG für die vorgesehenen Neubauten Schweizer Haus und Gastronomie am Südtor zusätzliche Vorleistungen erbringen, die zur Reduzierung von Risiken bei der Frage der denkmalpflegerischen Anforderungen für diese Bauten beitragen sollen. Anschließend wird der Teilnahmewettbewerb gestartet.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:99191-2010:TEXT:DE:HTML>

Zuschlagserteilungen

- **Stadt Regensburg.** Alten- und Pflegeheim.
Den Auftrag zu Planung, Bau, Finanzierung und Gebäudebetrieb des Alten- und Pflegeheims "Bürgerheim Kumpfmühl" mit anschließender Vermietung an die Regensburg SeniorenStift gemeinnützige GmbH (RSG) hat die **Deutsche PPP-Holding GmbH**, Wiesbaden, erhalten.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:261290-2007:TEXT:DE:HTML>

Weitere Informationen

- **Stadt Frankfurt.** Brückensanierung.
Zur geplanten Öffentlich-Privaten-Partnerschaft zur Sanierung und Unterhaltung von Brücken und Ingenieurbauwerken in Frankfurt (vgl. *zuletzt PPP-Newsletter Nr. 6/2010*) liegt jetzt die Vorlage des Magistrats (M 46 2010) im Parliamentsinformationssystem vor. Räumliche Schwerpunkte des 170 Bauwerke umfassenden PPP-Projektes sind:
 - Straßenzug „Rosa-Luxemburg-Straße“. Eine erhebliche Anzahl der dringend zu erneuernden Bauwerke mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 50 Mio. Euro liegt im Zuge der Rosa-

Luxemburg-Straße. Darüber hinaus befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Rosa-Luxemburg-Straße eine größere Anzahl von Bauwerken mit begrenztem und mittelfristigen Instandsetzungs- und Unterhaltungsbedarf, die mit in das Portfolio des Straßenzuges aufgenommen wurden.

- Straßenzüge Emser Straße und Camberger Straße. Neben dem Straßenzug Rosa-Luxemburg-Straße werden zwei weitere Straßenzüge im Rahmen des PPP-Projekts besonders berücksichtigt: die Emser Straße/Emser Brücke und die Camberger Straße.
- Lärmschutzwand an der BAB 661. Entlang der BAB 661 ist eine Lärmschutzwand erforderlich. Die Investitionskosten für das Bauwerk mit einer Länge von ca. 1.600 betragen rd. 10 Mio. Euro.
- Lärmschutzwand an der BAB 5. Entlang der BAB 5 auf der Höhe von Kalbach ist die Errichtung eines Lärmschutzwalles vorgesehen. Für dieses Bauwerk wurde das Planungsrecht bereits erwirkt und die Kosten mit 9,5 Mio. Euro geschätzt.
- Sonstige Bauwerke. Daneben sind insgesamt 100 weitere einzelne Bauwerke für das PPP-Projekt identifiziert worden.

Das Gesamtprojektvolumen wird unter Berücksichtigung aller über den Projektzeitraum anfallenden Leistungen der baulichen und betrieblichen Erhaltung sowie dazugehöriger Planungs- und Managementleistungen auf ca. 500 Mio. Euro (brutto, in Preisen von 2011, inkl. Finanzierungs- und Risikokosten) geschätzt. Der Investitionsbedarf in den ersten 5 Jahren beträgt rd. 135 Mio. Euro. Der wirtschaftliche Vorteil der PPP-Realisierung beläuft sich auf ca. 8,4%.

Quelle: <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis/parlis.htm> (bei Direktsuche „M 46 2010“ eingeben)

- **Landtag Brandenburg.** Blüthenherme Werder.
Anfang 2010 hat die Stadt Werder an der Havel den Bau eines Erholungs- und Freizeitbades („Blüthenherme Werder“) als PPP-Projekt ausgeschrieben (vgl. *PPP-Newsletter 2/2010*). Zu diesem Vorhaben hat es im Landtag Brandenburg eine Kleine Anfrage gegeben, in der das Land nach seiner Bewertung gefragt wurde. Die Antwort des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum Download unter: http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_0500/551.pdf
- **Nordrhein-Westfalen.** PPP-Landesstraßenprojekte.
Der Regionalrat Arnsberg hat eine Resolution zu den beiden PPP-Landesstraßenprojekten verabschiedet. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Vergabeverfahren einzustellen, da die Pilotvorhaben nicht mittelstandsfreundlich seien. Resolution zur Ansicht unter: http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/regionalrat/tagesordnungen/2010/2010_03_25/Top_10/resolution.pdf
- **Bundesverband PPP.** Präsentationen von Arbeitskreissitzungen.
 - 08.02.2010: 8. Sitzung des Arbeitskreises Partnerschaften Deutschland in Frankfurt. Präsentationen zum Download: http://www.bppp.de/bppp.php/cat/62/aid/247/title/8._Sitzung_des_Arbeitskreises_PD_am_08.02.2010
 - 24.03.2010: 20. Sitzung des Arbeitskreises PPP im Management öffentlicher Immobilien in Frankfurt. Vorträge zum Download: http://www.bppp.de/bppp.php/cat/49/aid/249/title/20._Sitzung_des_Arbeitskreises_oeffentliche_Immobilien_am_24.03.2010
 - 26.03.2010: 6. Sitzung des Arbeitskreises IT in Berlin. Vorträge zum Download: http://www.bppp.de/bppp.php/cat/53/aid/251/title/6._Sitzung_des_AK_IT_am_26.03.2010

PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei. Von anderen Nutzern wird ein Jahresbeitrag in Höhe von 150,- Euro (netto) erhoben.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
E.Paulsen@BWI-Bau.de
<http://www.BWI-Bau.de>



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **Entwurf eines Berichts über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen**
Heide Rühle, Berichterstatterin im Europäischen Parlament, 2009/2175(INI), 5. Februar 2010
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2886>

Die Berichterstatterin im Europäischen Parlament, Heide Rühle, hat im Februar 2010 den Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments vorgestellt. In dem Entwurf berichtet sie über den aktuellen Stand des Vergaberechts auf europäischer Ebene und nimmt Bezug auf die aus ihrer Sicht brennenden Problemkreise. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die mit der Reform des Vergaberechts durch die Koordinierungsrichtlinien von 2004 angestrebten Ziele bislang nicht erreicht wurden. Vielmehr habe die Entwicklung des Vergaberechts zu einem „komplexen und unübersichtlichen Rechtsregime geführt, das vor allem kleinere Städte und Gemeinden aber auch kleine und mittlere Unternehmen vor schwierige Rechtsprobleme stellt“. Deshalb soll die Kommission aufgerufen werden, Abhilfe zu schaffen, die Berichterstatterin hält jedoch „eine Revision dieser Richtlinien zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht“. Zunächst sollen weitere Erfahrungen mit den Richtlinien von 2004 gesammelt werden.

Nur kurz widmet sich der Bericht auch öffentlich-privaten Partnerschaften und steht diesen im Grundsatz positiv gegenüber. Die Folgeeinschätzungen der Mitteilung der Kommission vom 19. November 2009 zum Ausbau öffentlich-privater Partnerschaften (PPP-Newsletter Nr. 22/2009 des BWI-Bau vom 27. November 2009) werden mit Spannung erwartet.

Anschließend werden im Bericht die Voraussetzungen wiederholt, aufgrund derer bei der Beauftragung einer neu gegründeten öffentlich-privaten Partnerschaft keine doppelte Ausschreibung notwendig sei. Ein zuvor für diesen Zweck gegründetes gemischt öffentlich-privates Unternehmen könne ausschreibungsfrei beauftragt werden, wenn die Auswahl des privaten Gesellschafters mittels eines öffentlichen Verfahrens erfolge und das gemischt öffentlich-private Unternehmen während der gesamten Dauer der Konzession seinen Gesellschaftszweck unverändert beibehalte.

Darüber hinaus angesprochen werden in dem Bericht die Problemkreise öffentlich-öffentliche Partnerschaften, Dienstleistungskonzessionen, Ausschreibungspflicht von Grundstücksverkäufen sowie nachhaltige und innovative Beschaffung.

Der Berichtsentwurf vermittelt einen ersten Eindruck von der Sichtweise des Europäischen Parlaments auf das Vergaberecht. Eine besondere Bindungswirkung etwa für die Kommission, die traditionell das Initiativrecht für neue Regelwerke hat, ist auch nach einer möglichen Verabschiedung durch das Europäische Parlament nicht verbunden. Obwohl keineswegs umfassende Zufriedenheit mit dem aktuellen Stand des Vergaberechts herausgelesen werden kann, sieht es so aus, dass das Europäische Parlament in den nächsten Jahren weder auf eine Novellierung der Vergaberichtlinien noch auf eine gesetzliche Regelung der Dienstleistungskonzessionen drängen wird. Angesichts des jahrelangen Vorlaufs für die Vergaberichtlinien – die ersten Entwürfe für die aktuell geltenden Vergaberichtlinien von 2004 datieren auf das Jahr 2000 – sollte daher nicht mit einer großen Bewegung auf europäischer Legislativebene in den nächsten Jahren gerechnet werden. Ausgangspunkte für weitere Entwicklungen sind damit wohl eher der Europäische Gerichtshof sowie – in Deutschland – die regierenden Parteien, die in ihrem Koalitionsvertrag einen Gesetzentwurf für das reformierte Vergaberecht bis Ende 2010 angekündigt haben.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

